

Petrol mit Rekordergebnis für 2021

Der slowenische Ölkonzern Petrol steigert sein Jahresergebnis um 72 Prozent.

Wien. Nachdem im Jahr 2020 noch kräftige Einbußen hinge-nommen werden mussten, stieg der Nettogewinn für den slowenischen Ölkonzern Petrol im Jahr 2021 auf 124,5 Mio. Euro – im Jahresvergleich um 72 Prozent. Der Umsatz kletterte auf 4,96 Mrd. Euro und damit um 61 Prozent. Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen erreichte 238,1 Mio. Euro, das sei laut Unternehmen auf 43 Prozent mehr als 2020 und um 21 Prozent mehr als 2019. Über die Hälfte des Ebitda entfiel auf den Verkauf von Mineralölprodukten. (APA)

NACHRICHTEN

Porsche hält an Renditeziel fest

Trotz unsicherer wirtschaftlicher Aussichten und Störungen der Produktion durch den Ukraine-Krieg hält der Sportwagenbauer Porsche an seinem ehrgeizigen Renditeziel fest. Man werde „langfristig eine operative Umsatzrendite von mindestens 15 Prozent absichern“, erklärte Finanzvorstand Lutz Meschke.

Großbank UBS erhöht Anteile in China

Die Schweizer Großbank UBS verstärkt ihr Engagement in China. Die UBS hat ihren Anteil an einem chinesischen Wertpapier-Gemeinschaftsunternehmen auf 67 Prozent von 51 Prozent erhöht, wie der Konzern mitteilte. Den Kaufpreis legte die UBS nicht offen.

Hinweis:

Die Besprechung von Wertpapieren und Investments auf dieser Seite ersetzt keine professionelle Beratung und ist nicht als Kaufempfehlung zu betrachten. „Die Presse“ übernimmt keine Haftung für die künftige Kursentwicklung.

Zinsen. Die japanische Zentralbank hält an ihrer lockeren Geldpolitik fest und erhöht die Zinsen nicht.

Inflation lässt Japan kalt

Wien. Trotz steigender Inflations-gefahren bleibt Japan anders als andere große Industrieländer geldpolitisch auf lockerem Kurs. Die Bank of Japan (BoJ) beließ am Freitag ihr kurzfristiges Zinsziel bei minus 0,1 Prozent und die Zielrendite für zehnjährige Staatsanleihen bei null Prozent. Notenbankchef Haruhiko Kuroda betonte, auch wenn die Inflation bald zeitweise die Zielmarke der Notenbank von zwei Prozent erreichen könne, sei eine geldpolitische Straffung „unangemessen“.

Denn die vom Ukraine-Krieg weiter angeheizten Rohstoffpreise sorgten für eine Inflation, die den Konsum belastet und die Gewinne der Firmen schmälere, womit die Wirtschaft insgesamt leide. „Wir werden unsere kraftvollen geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen geduldig beibehalten, um eine nachhaltige, stabile Inflation zu erreichen“, betonte der Notenbankchef.

Die BoJ koppelt sich damit vom Trend zu einer Straffung des Kurses ab, den die britische Notenbank in London bereits Ende vorigen Jahres mit der Zinswende als erste der großen Zentralbanken eingeleitet hat. Und auch die einflussreiche amerikanische Fed hat den Preis des Geldes jüngst erhöht und will die Zügel heuer

kräftig anziehen. Doch die Bank of Japan hält unbeirrt an ihrer lockeren Geldpolitik fest. „Die Uhren ticken in Japan eben doch etwas anders“, meint NordLB-Analyst Bernd Krampen. Das liege auch daran, dass es in dem Fernostland trotz der ebenfalls zu beklagenden Lieferengpässe und höherer Energiepreise noch nicht zu einem massiven Anstieg der Inflation gekommen sei.

Während die Verbraucherpreise in der Eurozone zuletzt um fast sechs Prozent zulegten, ist die in Japan von der Notenbank als besonders relevant angesehene Kern-Inflationsrate im Februar nur auf 0,5 Prozent gestiegen. Doch in dem lange Zeit von einer konjunkturlähmenden Deflation im Griff gehaltenen Land ist dies eine recht hohe Rate, die seit zwei Jahren nicht mehr erreicht wurde. Dabei erwiesen sich die Energiekosten mit einem Anstieg von 20,5 Prozent als Haupttreiber. Die Verbraucherpreise zogen insgesamt sogar um 0,9 Prozent an. Experten gehen davon aus, dass sich die Inflationsrate ab April der Zwei-Prozent-Marke nähern könnte – auch weil die Energiepreisexplosion im Zuge des Ukraine-Kriegs in dem rohstoffarmen Land dann voll durchschlagen dürfte. (Reuters)

Einlagensicherung. Fast 35.000 deutsche und 120 österreichische Kunden erhalten Entschädigungen.

Sberbank wird ausbezahlt

Wien. 771 Millionen Euro wurden schon an Entschädigungszahlungen an die Deutschen und österreichischen Kunden der Sberbank Europe, der EU-Tochter der russischen Sberbank, bezahlt. Das entspricht 81 Prozent der zu entschädigenden Einlagen, gibt die Einlagensicherung Austria (ESA) bekannt – sie kümmert sich um die Auszahlungen.

Insgesamt rechnet die ESA damit, für gedeckte Einlagen im Wert von insgesamt 947 Mio. Euro aufkommen zu müssen. Da die Sberbank Europe zum gesonderten Rechnungskreis gehört, muss die ESA aber nicht allein für diese Summe aufkommen. Die Einlagensysteme des Raiffeisen- sowie des Sparkassen-Sektors müssen mitzahlen. Die Verteilung der Last liegt in etwa zu 40 Prozent bei der ESA, zu 36 Prozent bei Raiffeisen

und 24 Prozent bei den Sparkassen. Betroffen sind vor allem deutsche Kunden, 34.800 Privatkunden in Deutschland hatten ihr Geld bei der Online-Tochter Sberbank Direct liegen. In Österreich sind nur rund 120 Kunden betroffen.

Starke Geldabflüsse nach Beginn des Krieges und den darauf folgenden Sanktionen der EU hatten die Sberbank in Schieflage gebracht. Am 1. März untersagten die Aufsichtsbehörden den Geschäftsbetrieb. Laut Teodoro Cocco vom Institut für Finanzwirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz hätten die europäischen Behörden schneller reagieren können. Der Vorstand der FMA, Helmut Ettl, sieht das anders: „Ich schätze das so ein, dass hier Aufsicht und Abwicklungsbehörde am Puls der Zeit waren.“ (APA)

Russland nähert

Anleihen. Russland behauptet, seine Schulden bereits überwiesen zu haben – wird aber trotzdem herabgestuft.

New York. US-Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) sieht die Zahlungsfähigkeit Russlands gefährdet – und hat die Kreditwürdigkeit Russlands weiter abgestuft. Die Bonität sinkt um eine Note auf „CC“. Die Bewertung befindet sich damit zwei Stufen über einem Zahlungsausfall.

„Wenn die Mittel für die Investoren nicht zugänglich sind oder wenn eine Zahlung in einer Währung erfolgt, die nicht in den Kreditbedingungen festgelegt ist, und wir davon ausgehen, dass der Investor der alternativen Zahlung nicht zustimmt, könnten wir dies als Zahlungsausfall betrachten“, sagten die S&P-Analysten. Hintergrund ist die Frage, ob Russland aufgrund der Finanzsanktionen wegen des Einmarschs in die Ukraine fällige Zinszahlungen aus Staatsanleihen leisten kann.

Doch die Lage ist noch unklar: Laut Medienberichten sollen an den Zinszahlungen beteiligte Banken bereits entsprechende Überweisungen weitergeleitet haben.

„Technische Schwierigkeiten“

Informierte Kreise haben der Nachrichtenagentur Bloomberg mitgeteilt, dass Gelder für zwei fällige Zinszahlungen der russischen Regierung an die Zahlstelle gegangen sind. Das hat dazu geführt, dass russische Dollar-Bonds gestiegen und die Kosten für ihre Versicherung gegen Zahlungsausfall gesunken sind. Die 2023 und 2043 fälligen Anleihen kletterten am Freitag weiter und notieren mehr als doppelt so hoch wie in der Vorwoche – freilich nach wie vor nur bei etwa der Hälfte ihres Nennwerts.

Credit-Default-Swaps für russische Schulden implizieren laut CMAI-Daten eine Wahrscheinlich-



Die US-Ratingagentur S&P hat Russlands Bonität

keit von 48 Prozent, dass es zu einem Zahlungsausfall innerhalb eines Jahres kommt. Gestern früh lag der Wert noch bei 60 Prozent.

Laut den informierten Personen hat die New Yorker Großbank JPMorgan Chase als Korrespondenzbank wohl die Mittel erhalten, bearbeitet und an die Zahlstelle Citigroup weitergeleitet, nachdem sie am Mittwoch die erforderlichen Genehmigungen der US-Behörden eingeholt – und erhalten hatte, hieß es. Ob die 117 Millionen Dollar an Investoren ausgezahlt wurden, ist bislang nicht gesichert. Vier Investoren in Europa und drei in Hongkong hatten bis Freitagmittag noch keine Gelder erhalten.

Das russische Finanzministerium hatte zuletzt erklärt, man habe das Geld für die Zinszahlung in Höhe von 117 Millionen Dollar am 14. März an eine nicht namentlich genannte Korrespondenzbank überwiesen und werde gesondert mitteilen, wenn das Geld an die Zahlstelle weitergeht.

Laut den russischen Behörden werde man versuchen, die Zinsen in Dollar zu zahlen und

